

10. / XII. 1916

Das Verkehrsweisen im Kriege.

Die Einschränkungen auf den Eisenbahnen. —
Keine allgemeine Erhöhung der Tarife.

N Berlin, Anfang Dezember. Jedes Jahr im Herbst machte sich ein starkes Anspannen unseres rollenden Eisenbahnmateriale bemerkbar, und es hat in Friedenszeiten einen häufig lebhaft beklagten Wagenmangel gegeben, trotzdem die preussische Eisenbahnverwaltung durch starken Ausbau ihres Wagenparkes alles tut, um diese Schwierigkeiten, wenn auch nicht ganz, so doch nach Möglichkeit überwinden. In diesem gegenwärtigen Kriege, der an die Eisenbahnen Anforderungen stellt, wie sie niemand hat vorausberechnen können, ist es natürlich eine selbstverständliche Erscheinung, daß Knappheit in unserem Wagenmaterial eintreten mußte, als der große Bedarf des Herbstes sich anmeldete. Denn nicht nur für den Verkehr der Heimat, der durch die Anforderungen des Hindenburgprogramms stark gewachsen ist, müssen unsere deutschen Eisenbahnverwaltungen sorgen, sondern die deutschen Wagen und Lokomotiven rollen auch in den besetzten und verbündeten Gebieten. Das starke Anwachsen des Güterverkehrs machte deshalb ganz natürlich ein Herabdrücken des Personenverkehrs notwendig, und so hat die preussische Eisenbahnverwaltung in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Staatsbahnverwaltungen vom 1. November bis zum 1. Dezember eine weitere Einschränkung des Personenzugverkehrs eintreten lassen müssen. Diese Einschränkung mußte ziemlich plötzlich erfolgen, und zweifellos hat das manche Unzuträglichkeiten im Gefolge gehabt, zumal es nicht überall möglich war, die neuen Zugverbindungen rechtzeitig der breiten Öffentlichkeit bekannt zu geben. Aber das deutsche Volk, das aus dem freien Gedanken heraus, alles zu tun, um die Verteilungskraft zu stärken, auf allen Gebieten Opfer auf sich nimmt, hat sich auch mit diesen Einschränkungen durchaus abgefunden.

Mit dem 1. Dezember haben die Personenzugeneinschränkungen ihr Ende erreicht. Weiter als bis jetzt soll nicht hinabgegangen werden, und es ist auch eine irrtümliche Auffassung, die neuerdings ausgestreut wird, daß die Absicht bestünde, den Reiseverkehr von einem Geländeschein abhängig zu machen, und daß namentlich für den Weichnachtsverkehr beabsichtigt wäre, gewissermaßen Bezugsscheine einzuführen. Daran ist, wie wir auf Grund zuverlässiger Informationen feststellen können, nicht im geringsten zu denken. Einmal würde ein solches System einen Apparat erfordern, der mehr Kräfte verbrauchen würde, als er Gewinn schaffe; zum andern ist die Eisenbahnverwaltung auf Grund der genauen Beobachtungen, die sie hat anstellen können, zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Vergnügungsreisen keine allzu große Rolle mehr spielt. Es soll sich gewiß jeder vor Augen halten, daß jetzt nicht die Zeit dazu da ist, im Lande umherzufahren, ohne daß eine wirklich begründete Notwendigkeit dazu vorliegt. Aber bei dem Anwachsen unserer Kriegsindustrie und bei unserer ganzen Nahrungsmittelorganisation sind täglich eine große Masse Menschen berufsmäßig im Interesse des Vaterlandes unterwegs, und dieser notwendige Geschäftsverkehr muß ausreicht erhalten bleiben. Er vollzieht sich nicht mehr in der bequemen Weise, wie es bei Friedenszeiten möglich war, aber jeder wird davon überzeugt sein, daß er die Bequemlichkeit opfert im Interesse der glatten Abwicklung des Zugverkehrs. Es besteht auch die Aussicht, daß, wenn die starken Herbstanforderungen vorüber sein werden, in den jetzigen Einschränkungen wieder etwas nachgelassen werden kann, denn die starke Einschränkung des Personenverkehrs, wie wir sie jetzt haben, ist nur als vorübergehende Maßnahme gedacht. Der Arbeiterverkehr, der während der Berufsstunden einsetzt, wird von der Eisenbahnverwaltung dauernd berücksichtigt werden. Hierin sollen keinerlei Einschränkungen erfolgen. Auch der Schulkinderverkehr soll die größtmögliche Berücksichtigung finden. Wohl aber wird die Eisenbahnverwaltung bei der jetzt geplanten Verkürzung der Po-Lizeistunde die Möglichkeit finden, an den größeren Blägen den nächsten Vorkortverkehr weiter etwas herabzusetzen.

In letzter Stunde ist mehrfach auch die Meinung verbreitet gewesen, als ob die preussische Eisenbahnverwaltung eine allgemeine Erhöhung der Gütertarife plant. Wir haben Grund zu der Annahme, daß diese Auffassung falsch ist. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat bei ihrer Tarifpolitik immer auf unser Wirtschaftsleben Rücksicht genommen, und es hieße ihr Unrecht tun, wenn man ihr zutrauen würde, daß sie während der Kriegszeit den Güterverkehr durch Erhöhung der Tarife belasten würde. Es wird gewiß Gebiete im Deutschen Reich geben, wo die Eisenbahnen sich zur Zeit nicht besonders gut rentieren. Das muß mit in Kauf genommen werden. Im allgemeinen ergibt aber die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft vom fiskalischen Standpunkt aus ein durchaus erfreuliches Bild, und wenn man die Zahlen zusammenrechnet, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Bilanzierung des preussisch-hessischen Eisenbahnetats keinerlei Schwierigkeiten machen wird. Außerdem liegt auch noch ein indirekter Beweis dafür vor, daß die preussische Eisenbahnverwaltung nicht an eine allgemeine Erhöhung der Gütertarife denkt. Wir haben vor kurzem den Inhalt der Vorlage mitgeteilt, die dem Landes-Eisenbahnrat über Einschränkungen der Ausnahmetarife für Kohle und Eisen nach dem Küstengebiet gemacht worden ist. Würde nun die preussische Eisenbahnverwaltung daran denken, eine Erhöhung der Gütertarife eintreten zu lassen, so hätte sie sicher diese Gelegenheit wahrgenommen. Sie hat es nicht getan, und daraus läßt sich unseres Erachtens mit Recht der Schluß ziehen, daß Pläne auf Erhöhung des Gütertarifs, wie sie hier und da der preussischen Eisenbahnverwaltung untergeschoben worden sind, niemals bestanden haben. Das ist nicht nur im Interesse unseres gegenwärtigen Wirtschaftslebens zu begrüßen, sondern verrät auch eine durchaus kluge Tarifpolitik. Denn es würde zum Schaden der Eisenbahnverwaltung selbst sein, und natürlich erst recht zum Schaden unseres ganzen Wirtschaftslebens, wenn wir in die Friedenszeit eintreten müssen, belastet mit einem hohen Gütertarif, der die Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft nur erschweren müßte, umsonst, als heute keiner voraussehen kann, ob nicht in der einen oder anderen Weise die Verkehrsunternehmungen mit zur Verzinsung der Kriegsausgaben herangezogen werden müssen.